**Artikel auf t-online vom 29.12.2025:**

# Top-Ökonom kritisiert Deutschland-Kurs: "Wir finanzieren gerade mit viel Geld die Armee von gestern"

**Moritz Schularick sieht Deutschland in einer Zwickmühle. In einem Interview erklärt er, warum Investitionen verpuffen könnten – und was sich jetzt ändern sollte.**

Der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Moritz Schularick, hat gewarnt, Deutschland stelle aus seiner Sicht in entscheidenden Zukunftsfragen nicht mutig genug die Weichen. Am Kurs der Bundesregierung übte der 50-Jährige im Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" scharfe Kritik.

Schularick sagte, die Enttäuschung über die Bundesregierung speise sich aus zwei Aspekten: "Zum einen die Frage: Gibt die Regierung das Geld, das zur Verfügung steht, gut und sinnvoll aus? Hier muss man konstatieren, dass sie das bisher nicht besonders gut macht. Weder bei der Verteidigung noch bei der Infrastruktur oder dem Wohnungsbau sehe ich ein überzeugendes Konzept."

Auch grundsätzliche Reformen des Sozialstaats seien in dieser Koalition kaum zu erwarten: "Schwarz-Grün hätte wahrscheinlich mehr geliefert. Die sogenannte große Koalition ist ja geradezu die Verkörperung des alten bundesrepublikanischen Sozialmodells", so Schularick. "In dieser Konstellation wird es sehr schwer, grundlegende Veränderungen vorzunehmen."

Dass nicht einmal die einfachsten Verbesserungen umgesetzt würden, wertete Schularick als besonders ernüchternd: "Meine Enttäuschung kommt insofern eher daher, als nicht einmal die niedrig hängenden Früchte gepflückt werden."

## Scharfe Kritik an Verteidigungsausgaben

Bei den geplanten Verteidigungsausgaben etwa stelle Deutschland zwar jedes Jahr rund 100 Milliarden Euro mehr bereit, doch es gebe bislang keine erkennbare Strategie für die Mittelverwendung. "Wenn sich nichts ändert, werden wir bis zum Ende des Jahrzehnts im Blindflug eine halbe Billion ausgeben und am Ende genauso abhängig sein von den USA wie bisher."

Schularick zufolge fließt der Großteil der Mittel weiterhin in veraltete Systeme. Weniger als ein Prozent des Verteidigungsbudgets werde aktuell für Forschung und Entwicklung ausgegeben – in den USA seien es 15 Prozent. "Wir finanzieren gerade mit viel Geld die Armee

von gestern", sagte er. Dabei brauche es Investitionen in Technologien, die etwa in der Ukraine längst militärischer Alltag seien – darunter Drohnen, Robotik und autonome Systeme.
Auch in der Industriepolitik mangele es laut Schularick an konkreten Plänen, wie Kapazitäten in sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien aufgebaut werden sollen. Statt Stückzahlen zu bestellen, müsse der Staat Anreize setzen, damit Unternehmen industrielle Fertigung aufbauen – etwa für Abwehrdrohnen oder Flugabwehrsysteme. Nur so lasse sich auch glaubwürdige Abschreckung erreichen.

**Haushaltskrise trotz Grundgesetzänderung**

Auch an der Haushaltspolitik der Bundesregierung übte Schularick deutliche Kritik. Die Grundgesetzänderung zur Reform der Schuldenbremse habe zwar zusätzliche Spielräume geschaffen – doch diese seien aus seiner Sicht nicht sinnvoll genutzt worden.
"Dass man dann aber im gleichen Atemzug die Mütterrente, die Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie und die höhere Pendlerpauschale verspricht – alles Dinge, die ökonomisch nicht zu rechtfertigen sind – das hat dieser Diskussion erst die Schärfe gegeben", so Schularick.
"Wir ändern das Grundgesetz, um Schulden zu ermöglichen, und haben wegen sinnloser Wahlgeschenke sechs Monate später wieder eine Haushaltskrise, das kann man dem Land nicht erklären."

**Warnung vor wirtschaftlicher Rückwärtsgewandtheit**

Als tiefgreifendes Problem sieht Schularick den mangelnden Veränderungswillen der Gesellschaft. Noch immer setze man auf ein Wirtschaftsmodell, das auf den Industrien des 20. Jahrhunderts basiere – allen voran die Autoindustrie.
"Zurzeit ist vielen in Deutschland immer noch nicht klar, wie sehr unser Wirtschaftsmodell gefährdet ist", sagte er. "Wir sind eine Gesellschaft, die rückwärts in die Zukunft geht." Zwar könne es sein, dass die Autoindustrie auch in fünf Jahren noch eine Rolle spiele – aber: "Niemand wird mit gutem Gewissen behaupten, dass das Wachstum des nächsten Jahrzehnts von den Autos kommen wird."
Als Zukunftsbereiche mit wirtschaftlichem Potenzial nannte er Klimatechnologien, Elektromobilität, Robotik und Präzisionsmedizin. Gleichzeitig müsse Europa industriepolitisch aktiver werden – etwa indem der Zugang zum EU-Binnenmarkt künftig an Bedingungen wie

lokale Produktion oder Technologietransfer geknüpft werde. "Genauso haben es die Chinesen mit uns auch gemacht.